

## Auf dem Weg in den totalitären Überwachungsstaat!?

Am 11.01.2021 wartete Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages mit einem Vorschlag auf, der als nächster Pflasterstein auf dem Weg in ein totalitäres Regime gesetzt wurde.

„Wir könnten heute Bewegungsprofile aus den Handys auslesen und auf diese Weise sehr treffsicher feststellen, wo sich die Menschen aufhalten.“ War das Regime im Roman „1984“ von George Orwell noch eingeschränkt, weil es die Menschen nur in ihren Wohnungen unter ständiger Kontrolle mittels Telebildschirm hatte und im Freien auf Spitzel, vor allem indoktrinierte Kinder zurückgreifen musste, stehen den Mächtigen-Diktatoren von Heute die Segnungen der modernen Technik zur Verfügung. Zahllose grundgesetzlich garantierte Freiheitsrechte wurden bereits auf dem Altar von „Corona“ geopfert. Dieser Altar steht zwar auf tönernen Füßen, nämlich dem sogenannten PCR-Test, der nach Aussage vieler weltweit hochangesehener Virologen und Epidemiologen nicht in der Lage ist, eine wirkliche Infektion nachzuweisen. Das schert aber diejenigen, die ohne Parlamente und ohne Widerspruch kritischer Bürger durchregieren wollen, nicht. Um diese kritischen und freiheitsliebenden Menschen richtig an die Kandare nehmen zu können, sollen diese jetzt komplett überwacht werden. In den letzten Monaten haben die Regierungen gezeigt, dass sie auf Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit der Menschen pfeifen und gewillt sind, den Widerstand der Bürger mit jedweden Mitteln zu brechen. Was sich also gestern noch wie eine schlechte Verschwörungstheorie anhörte, wird morgen wahrscheinlich schon Realität sein.

Karsten Hilde, MdB

## 2021 – Jetzt wird Alles besser?

2020 wird in die Geschichtsbücher eingehen. Mit einer Art Massenpsychose, mit der die Bürger in Angst und Panik versetzt wurden, hat man die allermeisten von ihnen gefügig gemacht, die schwerwiegendsten Freiheitsrechtseingriffe seit Bestehen der Bundesrepublik hinzunehmen. Gleichzeitig wurden tausende Existenzen an den Rand der Vernichtung gedrängt, teilweise bereits zerstört. Im Schatten dieser Krise wurden Teilverstaatlichungen vorgenommen, die Schuldenbremse ausgehebelt (Diese Schulden werden noch unsere Enkel abbezahlen.), ganze Wirtschaftszweige in Richtung Ruin oder zur Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland getrieben. Die am meisten Betroffenen sind die Unternehmen und die Beschäftigten im Mittelstand. Sie können ihre Produktion nicht mal einfach so nach China oder in die USA verlagern. Viele von ihnen werden in die Pleite gehen und vor den Trümmern ihrer eigenen und der Arbeit ihrer Vorfahren stehen. Der Mittelstand ist aber das Herz unserer Wirtschaft, gerade hier im Osten. Aber auch unsere Demokratie an sich nahm großen Schaden. Neben vieler grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte wurde auch das Prinzip der Gewaltenteilung, einer der Grundpfeiler unserer Demokratie, ausgehebelt. Die Regierungen und Behörden regieren mit straffer Hand auf Grundlage von Verordnungen. Das am 18.11.2020 beschlossene Infektionsschutzgesetz gibt ihnen die Macht dazu. Das Bundesverfassungsgericht, das über Jahre hinweg mit treuen Altparteiengenossen besetzt wurde, ist leider keine Hoffnung mehr.

Jetzt im Jahr 2021 hoffen viele Menschen auf eine Normalisierung. Ist diese Hoffnung berechtigt? Das Kurzarbeitergeld und die Ausgleichszahlungen werden dieses Jahr, natürlich erst nach der Bundestagswahl, auslaufen, weil schlicht-

weg die Kassen leer sein werden. Das wird zehntausende Existenzen vernichten und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit führen. Die Kosten für Strom, Energie und Treibstoffe werden weiter steigen, da man, statt die übriggebliebene Wirtschaft zu stützen, unbeirrbar am irrwitzigen Plan der Dekarbonisierung und damit der Deindustrialisierung Deutschlands festhält. Durch die Steuerausfälle werden im Haushalt riesige Löcher klaffen, die durch neue Steuern und Abgaben ausgeglichen werden müssen (natürlich erst nach der Bundestagswahl). Die Freiheitsrechte bleiben ausgehebelt, da Infektionen mit SARS COV 2 und weiteren Mutationen des „Killervirus“ auch weiterhin mit einem untauglichen PCR-Test massenhaft festgestellt werden und auch weiterhin jeder leider Verstorbene, der bis zu 28 Tage vor seinem Tod positiv getestet wurde, als Coronatoter gilt, unabhängig von der primären Todesursache.

Gibt es also Hoffnung für 2021? Ja! Hoffnung setze ich in den immer noch vorhandenen gesunden Menschenverstand unserer Bürger, die sich an die „neue Normalität“ nicht gewöhnen wollen, die für ihre Freiheitsrechte eintreten und für eine friedliche Zukunft ihrer Kinder in einem demokratischen Deutschland lautstark kämpfen. Die größte oppositionelle Kraft in Deutschland, die AfD, wird mit diesen Menschen gemeinsam dafür streiten, dass wieder Vernunft einkehrt und diese irrwitzige und selbstzerstörerische Politik beendet wird.

Karsten Hilde, MdB

**Auch 2021 -  
unbeugsam für  
Freiheit,  
Demokratie,  
Rechtsstaat !**



## Corona in Bautzen: Regierung versucht von eigenem Versagen abzulenken

Viele Politiker und Medien versuchen aktuell, die Schuld für die hohen Corona-Zahlen in Sachsen der AfD und ihren Wählern zu geben. So veröffentlichte der „Tagesspiegel“ aus Berlin eine Deutschlandkarte, auf der man die Corona-Zahlen und die Wählerstimmen für die AfD vergleichen kann. Der Landkreis Bautzen mit seinem großen Anteil an AfD-Wählern und hohen Infektionszahlen wird dabei gern als Paradebeispiel genannt. Es ist perfide wie mit dem Corona-Virus versucht wird, unsere AfD als öffentliche Viren-Schleuder zu diffamieren. Wissenschaftliche Faktoren – wie etwa die Bevölkerungsstruktur oder der Zustand des Gesundheitswesens, die grenznahe Lage – werden weitestgehend ausgeblendet

Wie unsinnig die Konstruktion des AfD-Zusammenhangs ist, lässt sich problemlos zeigen: Bayern war im Frühjahr und aktuell an der Grenze zu Tschechien ebenso stark betroffen. Niemand hat dafür die CSU verantwortlich gemacht. Noch deutlicher wird die Diffamierung am Beispiel Berlin-Neukölln. Im Oktober gab es hier deutschlandweit die meisten Infektionen und keine Zeitung kam auf die Idee den großen Ausländeranteil als Ursache dafür zu benennen.

Sachsens Außengrenze zu Tschechien und Polen ist 577 Kilometer lang. Beide Länder haben in Europa die höchsten Infektionszahlen. Die Grenzen sind offen. Skandalös ist dabei, dass die Regierung bis Mitte November tschechische Touristen zum Einkaufen nach Sach-



sen ließ, obwohl bei ihnen zuhause alle Geschäfte längst geschlossen waren. Ein klares Regierungsversagen, was den wenigsten Medien eine Zeile oder eine Sendeminute wert ist. AfD-, Sachsen- und Bautzen-Schelte steht bei Journalisten und Politikern hoch im Kurs. Die Redaktionsstuben sind fest in linksgrüner Hand. Eine aktuelle Befragung hat ergeben, dass 90 Prozent (!) der ARD-Nachwuchsjournalisten Linke, Grüne oder SPD wählen. Noch Fragen?

Der Hintergrund für die Diffamierungs-Kampagne ist aber noch ein anderer: Mit ihrer Corona-Politik hat

die sächsische Regierung großen Schaden angerichtet und versucht nun die Schuld auf andere abzuwälzen. Die hohe Zahl an Infektionen in Sachsen und der Lockdown ist das Ergebnis einer Reihe von gravierenden Fehlern.

Beim Schutz der Hoch-Risikogruppen in Alten- und Pflegeheimen hat die Staatsregierung komplett versagt. Ein Großteil der Corona-Toten stammt von dort. Viel zu spät wurden Schnelltests beschafft und Pflegekräfte verpflichtend getestet. Zudem hat die Regierung seit Jahren den Gesundheits- und Pflegebereich kaputtgespart und nicht ausreichend Personal vorgehalten.

Die AfD will eine intelligente und zielgerichtete Corona-Politik, statt mit dem Holzhammer ein ganzes Land ins künstliche Koma zu versetzen. Immer wieder haben wir den besonderen Schutz der Senioren in den Heimen eingefordert – passiert ist so gut wie nichts.

*Jörg Urban, Mdl*

## Leben in Corona-Zeiten



In der September-Ausgabe der Blauen Post habe ich über meine Empfindungen beim Umgang mit der Berichterstattung über die Corona-Krise geschrieben. Meine Ablehnung der von den Regierenden verhängten Einschränkungen unserer Grundrechte hat sich nicht verringert. Im Gegenteil, sie ist durch das Erlebnis, welches ich heute darstellen will, noch stärker geworden. Ich habe meine demente Mutter 5 Jahre gepflegt. Nach diesen 5

Jahren mit äußerst geringer Unterstützung durch staatliche Stellen musste ich meine Mutter im März 2020 aus gesundheitlichen Gründen in ein Pflegeheim geben. Kurz nach Ihrem Einzug wurde das Heim wegen der Corona-Krise für alle Besucher, auch für die nächsten Angehörigen, geschlossen. Ich durfte meine Mutter 7 Wochen nicht besuchen.

Als ich sie das erste Mal nach diesen 7 Wochen sehen konnte, war ich erschüttert. Sie war seelisch und körperlich ein Wrack, hat kaum noch gegessen und getrunken. Sie hat mich kaum wiedererkannt. Bei ihrem Einzug ins Heim war sie zwar dement und hatte altersgemäße Schwierigkeiten beim Gehen, aber sie war körperlich

gesund. In der verordneten Einsamkeit ohne jeden Besuch hat sie einen Herzinfarkt und einen Schlaganfall erlitten.

Sollte die Trennung von den Angehörigen wirklich ein Schutz der Pflegeheimbewohner sein? Ist es besser, wenn Alte und Demente an dieser verordneten Einsamkeit zugrunde gehen?

Wer derartige Verordnungen erlässt, hat sich meiner Meinung nach noch nie mit dem seelischen Zustand alter und dementer Menschen beschäftigt. So etwas Unmenschliches wie diese Trennung alter Menschen von ihren Angehörigen habe ich noch nicht erlebt.

Ich habe meine Mutter dann jede Woche einmal besuchen können. Von Woche zu Woche verschlechterte sich ihr körperlicher und seelischer Zustand. Sie hat kaum noch gesprochen aber viel geweint. Essen und Trinken lehnte sie immer mehr ab, sie wurde körperlich immer schwächer und hat sich nicht wieder erholen können.

Im September 2020 ließ ihre Herzfähigkeit stark nach, am 04. Oktober 2020 ist sie an den Folgen der verordneten Einsamkeit und an gebrochenem Herzen verstorben.

Auch an mir ist dieses Erleben nicht spurlos vorüber gegangen. Als Tochter muss man einsehen, dass die Mutter einmal geht. Aber das muss sie selbstbestimmt und unter menschenwürdigen Bedingungen tun können.

Mein Vertrauen in diese Regierung ist vollständig verloren gegangen.

*Martina Mädler, Stadträtin Lauta*

## Bizarre Geschichtsverdrehung



Seit dem 1. Januar 1871 gab es das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt und kurz danach, am 18. Januar 1871, wurde Wilhelm I. in Versailles zum Deutschen Kaiser proklamiert. Die Menschen begeisterten sich, endlich war die lang ersehnte Reichseinheit vollzogen. Diesen für das deutsche Volk denkwürdigen Tag feierte man an seinen Jubiläen stets gebührend. Zum 100. Reichsgründungstag 1971 gab der damalige SPD-Postminister Georg Leber eine Briefmarke heraus, eine 5-Mark Gedenkmünze in Silber erschien und landauf landab überbot man sich an Feiern und die Politiker in Gedenkreden. Anlässlich des 150. Reichs-

gründungsjubiläums 2021 ist seitens des offiziellen Deutschlands nichts geplant. Dies sagt alles über den verkommenen Zustand der herrschenden politischen Klasse in Berlin. Man weigert sich anzuerkennen und daran zu erinnern, auf welchem Fundament die Bundesrepublik Deutschland steht. Dabei schrecken diese Geschichtsvergessenen sogar vor der Geschichtsverdrehung nicht zurück. Zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit sagte Bundespräsident Steinmeier in Potsdam: „Die nationale Einheit 1871 wurde brutal erzwungen, mit Eisen und Blut, nach Kriegen mit unseren Nachbarn, gestützt auf die preußische Dominanz, auf Militarismus

und Nationalismus.“ Und dann sondert er sogar noch etwas von „Säbelrasseln und Eroberungskriegen“ ab. Entweder weiß Steinmeier nicht, daß Frankreich 1870 den deutschen Ländern den Krieg erklärte und Tausende damals auf den Straßen von Paris „Nach Berlin!“ und „Nieder mit Preußen!“ skandierten, oder er dreht geschichtliche Tatsachen bewußt gegen das eigene Volk. Letzteres trifft vermutlich zu und er reiht sich damit als Bundespräsident ein in den kulturmarxistischen Versuch der Verleugnung und Umdeutung der eigenen Werte, der Geschichte, Erfolge und Leistungen unseres Volkes. Steinmeier geht sogar noch weiter und droht all jenen, die groteske Ansichten nicht teilen: „Man darf alles meinen und glauben, allerdings kann und sollte man nicht erwarten, dass das folgenlos bleibt.“ Wir von der AfD lassen uns nicht einschüchtern und werden die großen Zeiten unserer Nation immer ehrend anerkennen und vor allem werden wir den 150. Jahrestag der Reichsgründung am 18. Januar würdevoll begehen. Steinmeier und seine Berliner Kamarilla braucht dazu kein Mensch.

Peter Schulze, Kreisrat



Harlaß ist Dresdner, verheiratet und hat drei Kinder.

Seit der friedlichen Revolution 1989 habe ich ununterbrochen in verschiedenen Medien als politischer Redakteur gearbeitet. Ab 1990 habe ich die Chemnitzer Morgenpost mit aufgebaut, später als Chef vom Dienst bei Radio PSR und bei BILD in Dresden die Landespolitik journalistisch begleitet und zuletzt für die Junge Freiheit als Autor gewirkt. Dadurch lernt man das politische Getriebe kennen und bewerten. Diese Erfahrungen will ich gerne in die erwartbar noch stärker werdende Landesgruppe Sachsen innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion einbringen. Wer die Auftritte der Landtags-Fraktion und auch des Landesverbandes der sächsischen AfD in den sozialen Medien liest, wird fest-

## Für Sachsen in den Bundestag!

**Albrecht Andreas Harlaß, 59, AfD-Direktkandidat zur Wahl für den 20. Bundestag im Wahlkreis 160 - Dresden II/Bautzen II - stellt sich vor.**

stellen, dass die AfD täglich Lösungsvorschläge zu Sachthemen anbietet und auch die schlechte Politik der gegenwärtigen CDU-geführten sächsischen Regierung kritisiert.

Diese positiven AfD-Vorschläge werden von den sogenannten Qualitätsmedien totgeschwiegen. Diese Medien konzentrieren sich auf scheinbare Skandale und verlieren zunehmend die Reste ihrer früheren Glaubwürdigkeit, was nicht zuletzt an den stets sinkenden Auflagezahlen deutlich sichtbar wird. Drei von vier in Sachsen erscheinende Zeitungen befinden sich im Miteigentum der SPD. Redakteure, die ich aus meiner früheren Zeit noch gut kenne, erzählen hinter vorgehaltener Hand, dass es regelrechte Anweisungen gibt, die AfD nicht zu erwähnen, wenn es um Sachpolitik geht. Gegen diese mediale Schiefelage trete ich an.

Sie wird uns nicht stoppen. Da wir nicht vor haben, zu schweigen, sorgen wir über diverse Druckmedien für die Verbreitung unseres freiheitlich demokratischen Pro-

gramms, unserer durchdachten Initiativen und unserer zukunftsweisenden Ideen.

Entsprechend des AfD-Programms gehören zu meinen politischen Hauptzielen die Wiederherstellung der nationalen Souveränität unseres Vaterlandes, die Eindämmung der illegalen Zuwanderung durch die Bevorzugung von Sachleistungen anstelle von Bargeldleistungen, die sofortige Abschiebung von kriminellen und illegalen Ausländern, Frieden und Zusammenarbeit mit Russland, sowie die Wiedereinrichtung und die Durchsetzung von Grenzkontrollen!

Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt!

Außerdem sind mir die Pflege und die Förderung unserer eigenen - tausend Jahre alten - Kultur sehr wichtig.

Islamismus und Linksextremismus, sowie jeder andere Extremismus oder Fanatismus, gehören für mich nicht zu Deutschland.

Der ländliche Raum muß gestärkt werden. Die Lebensleistung der Rentner muß auch finanziell durch angemessene Renten gewürdigt werden.

## AfD wählen, dann Kassensturz

Ist es ein Grund zur Freude, daß die Sachsen-Anhalt-CDU bei der Erhöhung des Rundfunkbeitrages durch die Position der AfD zum Handeln gezwungen wurde? Klar ist, daß die hiesige Nomenklatura in ihrem medial hochgerüsteten ideologischen Beutestaat den oppositionellen Widerstand schon längst „einpreiste“. Zum Machterhalt! Herbert Marcuse nannte es in den 70er Jahren „repressive Toleranz“. Mehr als eine Milliarde Euro will die Regierung bis 2024 gegen Rechtsextremismus und Rassismus ausgeben. Wehe dem totalitären System, welches keine Feinde mehr hat. Es würde sich selbst erübrigen und die wirklichen Probleme des Landes tauchten auf. Wagen wir einen Blick auf diese Wirklichkeit! Das, was Merkel dem Volk hinterläßt, wird verbrannte Erde sein: rechtsbrüchige Schuldenunion in der EU, hochverschuldete Staatsfinanzen, zerstörter Energiesektor, verantwortungslos unterfinanziertes Gesundheitssystem, flächendeckend ruinierte Infrastruktur, uneinholbarer Rückstand bei neuen Technologien, zerrüttetes Bildungssystem, überteuerter öffentlicher Sektor mit riesiger Unterdeckung der Pensionslasten, Ausplünderung der vom Volk angesparten Sozialsysteme, illegale Unterschicht-Massenimmigration, ruinierte klein- und mittelständige Unternehmen, Zersetzung der Wehrfähigkeit der Bundeswehr, Vernutzung und Zerstörung der Kulturlandschaft für eine Energieerzeugungssackgasse, schwerer Schaden an Kunst, Kultur und Sprache durch deren Ideologisierung, instrumentalisierte Justiz, Einsatz und Finanzierung gewalttätiger Straßenkampftruppen zur Widerstandsbekämpfung, Spaltung des Landes durch ideologische Polarisierung usw., usw. Wenn das mal alles auf dem Tisch kommt, wird es ein apokalyptisches Heulen und Zähneklappern geben. Dann muß die CDU zum Offenbarungseid gezwungen werden und man wird sehen, was nach dieser Läuterung von ihr noch übrigbleibt und in welcher Weltgegend engagierte Aktivisten Merkel aufreiben. Nach solchem Kassensturz gibt es in Deutsch-



land nichts mehr zum Verteilen außer Blut, Schweiß und Tränen. Aber vielleicht kommt es auch ganz anders, weil die umgelogene Demokratie und der kommunistische Umbau von Alltagspraxis und Wirtschaft sowie die Umerziehung der Menschen schon zu weit fortgeschritten sind. Vollendet würde das Zerstörungswerk, wenn Merkel nochmals antritt, dann bliebe der CDU die Katharsis erspart, weil es danach Volk, Nation und Staat nicht mehr gibt. Nur noch eine namenlose Dreckslochlandschaft.

*Peter Schulze, Kreisrat*

## Auswirkungen der desaströsen Eurorettungspolitik nun auch im Landkreis Bautzen!

Eine Anfrage des Kreisrates Timo Schreyer ergab, dass der Landkreis Bautzen für seine für Investitionen vorgesehenen Guthaben



in den Jahren 2017 bis 2019 bereits 112.084,33 Euro sogenannte Strafzinsen zahlen musste. Also der Kreis und somit der Steuerzahler wurde aufgrund der absurden Negativzinsen für nicht verausgabtes Geld von den Banken bestraft.

Für 2020 und Folgejahre werden weitere „Strafzinsen“ anfallen, sofern das Banksystem nicht bald vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Normalerweise werden hier Guthaben durch Zinsen erwirtschaftet.

Gleichzeitig gaben beide Sparkassen an, an denen der Landkreis beteiligt ist, keine Gewinnausschüttung dieses Jahr und die Folgejahre an den Landkreis zu erbringen.

Hier wird die desaströse Eurorettungspolitik der CDU-geführten Bundesregierung wiederum deutlich bis in den Landkreis. Für fehlende Zinsen und Gewinne wird am Ende der deutsche Steuerzahler wieder bluten müssen, um den Kreishaushalt zu sichern. Gleichzeitig steigen die Kontoführungsgebühren stetig.

Die AfD sagt daher **NEIN** zur Eurorettung zum Nachteil deutscher Steuerzahler. Wir wollen eine stabile, robuste und krisensichere Währung, wie es die D-Mark war.

*Timo Schreyer, Kreisrat und Mdl*

## Sozialsystem gefährdet: Kindergeld ins Ausland um 147 Prozent gestiegen

In Sachsen erhalten 2.500 ausländische Kinder Kindergeld, die in ihrem Herkunftsland leben. In den letzten fünf Jahren stieg diese Zahl um 147 Prozent, ergab die Anfrage der AfD-Fraktion (7/4543). In der Statistik führen aktuell Polen und Rumänen mit jeweils 1.359 und 400 Kindern. Insgesamt erhielten 49.524 ausländische Kinder in Sachsen Kindergeld.

Timo Schreyer, AfD-Landtagsabgeordneter und Fragesteller, erklärt:

„Der Transfer von deutschen Sozialleistungen ins Ausland muss endlich aufhören, wenn wir unsere Sozialsysteme auf Dauer erhalten wollen. Allein aus Sachsen sind mindestens eine halbe Million Euro für Kinder im Ausland abgeflossen. Deutschland muss sich ein Beispiel an Österreich nehmen, das Kindergeld nur noch entsprechend der Lebenshaltungskosten im Herkunftsland zahlt.

Wir müssen zudem davon ausgehen, dass es insgesamt beim Kindergeld einen hohen Missbrauch gibt. Auch angeblich in Deutschland lebende Kinder von Ausländern existieren oft nur auf dem Papier. Der SPD-Bürgermeister von Duisburg klagt seit Jahren über gefälschte Geburtsurkunden in erschreckendem Ausmaß. Hier müssen auch die sächsischen Behörden stärker kontrollieren.

Zusätzlich erhöht das Kindergeld die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. So können sich z.B. Polen, die zum Arbeiten in die Lausitz pendeln, ihr Gehalt mit der deutschen Sozialleistung erhöhen. Sie sind damit gegenüber sächsischen Arbeitnehmern im Vorteil, die für den Lebensunterhalt ihrer Familie deutlich mehr Geld aufbringen müssen. Diese Ungerechtigkeit muss beendet werden.“



Timo Schreyer, Kreisrat und Mdl

## 2021 – das letzte Jahr?

Die Sozialistische Reichspartei (SRP) war 1952 das erste beige-setzte Opfer auf dem Nachkriegsparteienfriedhof. Weltweit gibt es nur wenige Länder, die ein Parteienverbot verfassungsmäßig praktizieren: Südkorea, Ägypten, Thailand, Spanien, Türkei und Deutschland. Ein Parteienverbot als Mittel zur Machtsicherung von Mehrheitsparteien erachten offenbar die meisten Länder nicht für erforderlich, oder anders gesagt, für die Demokratieentfaltung eher hinderlich. Zuständig für die Staatssicherheit der BRD ist der Verfassungsschutz (VS). Durch ihn ist die Bekämpfung des politischen Pluralismus staatlich möglich. Der VS ist ein Geheimdienst, der den „Verfassungsfeind“ definiert. In jüngster Zeit versucht er die legitime Ausübung der Meinungsfreiheit zu delegitimieren. Nichtlinke Parteien, Bürgerrechtsgruppen und alternative Medienmacher, die Regierungsentscheidungen gegen das deutsche Volk kritisieren, werden beobachtet und unter „Verdacht“ gestellt. Im Strafraum stehen die Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG) und die Verfassungswidrigkeit von Parteien (Art. 22 GG). Der kritische Bürger könnte sich zukünftig durch seine Stimmabgabe nicht mehr zur Wehr setzen gegen die Machteliten der herrschenden Parteien, weil man eine konkurrierende Partei einfach verbietet. Sowohl das Kaiserreich als auch die



Weimarer Republik schreckten davor zurück. Hinzu kommt, daß dem kritischen Volkswillen auch nicht durch Volksbegehren oder Volksentscheid Geltung verschafft werden kann. Diese Möglichkeit gibt es im GG nicht, in der Bundesverfassung der Schweiz schon. Das deutsche GG wäre also durchaus verbesserungswürdig für den Souverän, nicht nur in Hinsicht auf das Parteienverbot. Im Falle der AfD spricht der VS von „Verdachtssplittern“, die „nicht hinreichend verdichtet“ seien für eine Beobachtung. In der Öffentlichkeit kommuniziert er: „Der Verfassungsschutz erklärt die AfD zum Prüffall“. Eine Stigmatisierung, mit bewußter öffentlicher Wirkung und ein schwerer Eingriff in die Rechte der Partei. So versucht der VS eine neue Grabstelle auf dem Parteienfriedhof abzustecken. Das Bundesverfassungsgericht könnte es den Millionen AfD-Wählern mit denselben Worten eintränken wie 1952 den SRP-Wählern: **„Die Wähler der ausgeschiedenen Abgeordneten sind durch den Mandatsverlust nicht beschwert, da das Verlangen durch die Abgeordneten einer verfassungswidrigen Partei vertreten zu sein, selbst verfassungswidrig wäre.“** Die AfD steht in Treue fest zu Recht und Gesetz!

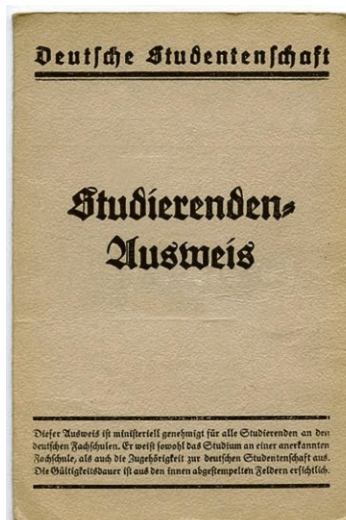
Peter Schulze, Kreisrat

## Der Thespiskarren steckt im Dreck

Am 12.01.2021 meldete die „Sä-Ze“-Bautzen: Theaterprojekt gegen Rassismus vor dem Aus. Seit dem jammern die linken Tragöden soziotheatralisch. „Thespis muss bleiben“ klingt es schrill in den sozialen Medien. Die „Sächsische Aufbaubank“ senkte im Dezember ohne Begründung den Daumen für weitere Unterstützung. Der Theaterintendant zeigte sich bitter enttäuscht über die Ablehnung: „Das Thespis-Zentrum hatte jetzt Fuß in der Region gefasst. Im November wurden wir für unsere Arbeit noch mit dem Sächsischen Integrationspreis ausgezeichnet“. Dabei fing alles so gut an mit der sozialistischen Agitprop-Truppe. Schulen wurden heimgesucht, das dionysische Spektakel zu Ehren der Fremdgottheit mit dem Titel „Willkommen anderswo“ medienwirksam angezettelt, Preise eingestrichen und Fördermittel. Die Organisation lief perfekt getreu Stalins Diktum: „Ist eine richtige politische Linie gegeben worden, so entscheidet die Organisationsarbeit alles“. Theater für Alle, so das Motto der Heldenarsteller. Jetzt ist das Geld alle. „Hoffentlich bleibt es dabei“, sagte erleichtert ein ausgepreßter Steuerzahler gegenüber der BLAUEN POST BAUTZEN.



## Sozialistischer Genderismus



Wie sehr die ideologisch gepriesene und mit viel Geld geförderte Geschlechterforschung (Genderstudies) immer noch in ihren unrühmlichen Anfängen steckengeblieben ist, zeigen vergleichende Arbeiten anderer Fachgebiete. Kürzlich fand ein konservativer

Juniorprofessor in eigenverantwortlicher Forschung im Sinne des humboldtschen Bildungsideals heraus, daß gendergerechte Bezeichnungen direkt in das unheilvolle (national)sozialistische Kapitel deutscher Geschichte zurückführen. Der engagierte Professor überraschte und verstörte die steuerfinanzierte Genderschar mit seinen Forschungsergebnissen. Es wird weitere Jahrzehnte dauern, bis der sozialistische Ungeist aus dem deutschen Gender-Denken verschwunden ist. Hier nur ein Beispiel zu den Arbeiten des Juniorprofessors: der „Studierendenausweis“ früher (1941) und heute:

*Peter Schulze, Kreisrat*

## Narrenhände beschmieren Tisch und Wände

Was ist das für eine Kultur, Wände zu beschmieren? Mit großen Schriftzeichen die da aussagen „F ck dieses und F\_ck jenes. Ist das eine Art der Kommunikation, dass man Spaziergängern, Autofahrern und Besuchern unserer Stadt seine Meinung kundtun muss und ganz nebenbei Schaden von mehreren Tausend Euro billigend in Kauf nimmt? Ganz nebenbei ist es auch kein Aushängeschild für unsere Stadt Bischofswerda.

Ich frage mich bei solch einem Anblick dann immer, „sehen andere Städte auch so aus?“ Furchtbar!

Wie komme ich darauf? Im Bereich der Stadt Bischofswerda kommt es in letzter Zeit vermehrt zu Sachbeschädigungen durch Schmierereien an Stromkästen, Fassaden, den beiden neuen Bahnunterführungen usw. vor allem im Bereich Kamenzer Str., im Bereich Lutherpark, auf der Herrmannstrasse, der Stolpener Str., der Beethovenstr.,



der Dresdener Str. und an vielen anderen Stellen. In weit über 30 Schriftzügen, teilweise metergross, kann man dort lesen, dass „Nazis und auch die AfD zu F\_cken sind“, immer wieder taucht auch das grosse „A“ auf.

Die Verurteilung der Verbrechen aus der Nazizeit versteht sich von selbst. Ob man das so darstellen muss, ist eher fraglich. Ich möchte auf etwas anderes hinaus. Wenn man die AfD nicht mag, dann ist das legitim. Wenn man anderer Meinung ist, dann hilft vielleicht

auch mal eine offene Diskussion. Jedoch das einfache Abstempeln Andersdenkender ist tatsächlich eine Methode, die wir hier in unserer Stadt nicht brauchen, weder von rechts noch von links.

Vor ein paar Tagen brannte ein Fahrzeug der Firma Venovia in Bischofswerda. Venovia, ein deutschlandweiter Vermieter, ist offenbar genau wie ein Bauunternehmer aus Bautzen in den Fokus linksextemer Gewalttäter geraten. Finden nun auch in Bischofswerda politisch motivierte Straftaten statt? Könnte es sein, dass wir Bürger nun auch in unserer Stadt Grund zur Sorge haben?

*Frank Fichte, AfD-Stadtrat Bischofswerda*



## Werbung unerwünscht

Das Mitteilungsblatt titelt sich als ‚Ihre Heimat- und Bürgerzeitung im Landkreis Bautzen‘, sie ist die Wochenzeitung für amtliche und nichtamtliche Mitteilungen in unseren Städten und Gemeinden. Die Weihnachtsausgabe war mit insgesamt 32 Seiten besonders umfangreich. Nur dürfen wir nicht inserieren, dies wurde uns nun schriftlich mitgeteilt.

Wir sind eine demokratisch gewählte Partei, im Kreistag die stärkste Fraktion, in Stadt- und Gemeinderäten vertreten. Wenn Parteienvielfalt in Deutschland nicht funktioniert, erwartet uns die DIKTATUR!

Übrigens, die Annonce von Hrn. Mikwauschk der CDU war allen voran auf Seite 3 abgedruckt.

*Cordula Gneuß, Stadträtin im Stadtrat Kamenz,  
Kreisrätin LK Bautzen*



## AfD gegen großzügige Mittelverwendung



Die Bautzener AfD-Stadträte haben sich im Finanzausschuss klar gegen die fragwürdige Verwendung von Steuermitteln ausgesprochen. Um 145.000 Euro für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie (PfD)“ zu koordinieren, braucht das Steinhaus Bautzen e.V. 50.000 Euro für eine Personalstelle und mehrere tausend Euro für Organisation und Verwaltung. Stadtrat Oliver Helbing erklärte mit Blick auf die wirtschaftlichen Probleme durch die Corona-Zwangsmaßnahmen: „Wir können noch nicht einmal ansatzweise erahnen, wie viele Existenzen durch die getroffenen Verbote zerstört werden, geschweige denn wie viele Menschen den Suizid als letzten Ausweg aus der geschaffenen Situation nutzen. Jetzt Gelder in Höhe von mehreren 10.000 Euro für den Steinhaus Bautzen e.V. freizugeben, ist für mich inakzeptabel.“

*Oliver Helbing, Stadtrat*

## Wir sind stark und wir sind mehr!

Mit 29,4 Prozent der bürgerlichen Stimmen zur Kommunalwahl für den Bautzener Kreistages im Mai 2019 ging die AfD als Sieger aus der Wahl hervor. Sie ist mit 29 Sitzen die stärkste AfD-Kreistagsfraktion in ganz Deutschland. Und sie arbeitet gewissenhaft an dem Auftrag, den ihr die Wähler seinerzeit mitgegeben haben. Sie arbeitet für jene Menschen, denen die Oberlausitz ihre Heimat ist und bleiben soll. Hier einige der regionalen politischen Themen der AfD-Fraktion im Kreistag:

- Das CDU-Postengeschacher
- Die Immigrations- und Corona-Kosten
- Das Hallenbad Kamenz und die Körsetherme

- Die Wolfskuschelei
- Fledermäuse, Kredite, Fördermittel, Feuerwehren, Kurzarbeit usw. usw.

Alle AfD-Anfragen an den Landrat, AfD-Anträge, offenen Briefe und AfD-Pressemitteilungen finden Sie unter <https://afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/>. Informieren Sie sich über das alternative politische Geschehen im Landkreis. Meinungen, Anregungen, Wünsche und Fragen können Sie gern mitteilen unter [kontakt@afd-kreistagsfraktion-bautzen.de](mailto:kontakt@afd-kreistagsfraktion-bautzen.de) Wir sind für Sie da, wir sind stark und wir sind mehr!

*Peter Schulze, Kreisrat*



## Volk und Brauchtum – Der Dreikönigstag

Der 6. Januar, der Tag der Erscheinung oder Dreikönigstag, wurde in den ersten christlichen Jahrhunderten als Tag der Geburt Christi gefeiert. Als diese Feier aber 336 auf den 25. Dezember verlegt wurde, blieb der 6. Januar der christlichen Kirche als hoher Festtag, nämlich als Tag der Erscheinung Christi, d. h. seiner Offenbarung an die Heiden (daher auch Epiphaniastage genannt) erhalten. Der Legende nach wurde die frohe Botschaft von der Geburt des Heilands zuerst den Heiden, also den drei Weisen aus dem Morgenlande zuteil. Daher spielen am Epiphaniastage in den Volksbräuchen seit dem 9. Jh. Kaspar, Melchior und Balthasar als die Vertreter der drei Völkergruppen Hamiten, Semiten und Japhetiten eine große Rolle. In früheren Zeiten wurde am Dreikönigstage in der Kirche deren Geschichte aus dem Morgenlande dramatisch aufgeführt. Mit der Zeit wurde das Dreikönigsspiel auf die öffentlichen Plätze verlegt und die geistlichen Veranstalter durch Bürger ersetzt. Gleichzeitig nahmen die Umzüge größeren Umfang an, insofern die Könige mit einem großen Troß zu Fuß und zu Pferde auftraten. Der mit Ruß geschwärzte Vertreter der afrikanischen Rasse (Hamiten), Kaspar, dem bei dem Spiel die Aufgabe der lustigen Person zufiel, machte sich später selbständig und bürgerte sich als Spaßmacher in dem nach ihm benannten Kasperletheater ein. So wie einst die Weisen aus dem Morgenland dem Stern folgten, so ziehen seit dem Mittelalter bis heute kindliche Sternsinger von Haus zu Haus und schreiben die neue



Die Heiligen drei Könige. Nach einem Gemälde von A. Hutschenreuther

Jahreszahl und C+M+B an die Hauseingänge. Die drei Buchstaben stehen dabei nicht für die Anfangsbuchstaben der drei Könige, sondern für „Christus Mansionem Benedicat“ (Christus segne das Haus). Im Volksglauben gilt der Vorabend des Dreikönigtages als letzter und gefährlichster Abend der zwölf „Rauhnächte“. In diesen Nächten zwischen dem 25. Dezember und dem 6. Januar wurden Haus und Hof ausgeräumt und mit Weihwasser besprengt zum Vertreiben der bösen Geister. Alles musste

aufgeräumt und sauber sein, es durfte keine Wäsche gewaschen werden oder auf der Leine hängen. Unverheirateten Frauen galten die Rauhnächte als eine Gelegenheit, um Mitternacht an einem Kreuzweg schweigend ihren künftigen Bräutigam zu sehen.

Peter Schulze, Kreisrat



## Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

### Pulsnitz

Eine Bärenpatze vor goldenem Hintergrund ziert das Wappen von Pulsnitz.

Der Sage nach jagte Bernhard von Pulsnitz einen gewaltigen Bären. Das Tier verletzte einige der nur mit Knüppeln ausgestatteten Bauern und auch mehrere Hunde, welche den Bären stellen sollten. Das gereizte Tier versuchte auch Bernhard I. „furchtbar brüllend“ anzugreifen. Dieser stieß dem Bären einen „Sauspieß“ in den Leib. Da seine linke Hand „zerfleischt“ war, hieb er dem verendenden Tier mit seinem Schwert die rechte Klaue ab.

„Zum Gedenken an diesen Kampf soll mein Dörflein Pulsnitz diese Bärenklaue im Wappen tragen.“

Quelle: Grohmannsche Chronik

### Spendenkonto:

Alternative für  
Deutschland  
KV Bautzen  
Bank:  
OSK Dresden  
IBAN:  
DE16 8505 0300  
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband  
Bautzen Spende

Impressum:

**Alternative**  
für  
Deutschland

Kreisverband Bautzen  
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilde  
Karl-Marx-Straße 15  
02625 Bautzen  
Tel.: 03591 5328336  
info@afdbautzen.de  
www.afdbautzen.de

Druck:  
Druckhaus Scholz GmbH  
Pforzheimer Platz 8  
02977 Hoyerswerda